

Rationale Islamdiskussion statt emotionale Debattenunkultur!

Pressemitteilung – Konstanz, 03. Juni 2024

Die GBS Bodensee verurteilt den menschenverachtenden Messerangriff in Mannheim auf Teilnehmende einer Veranstaltung sowie einen Polizisten durch einen mutmaßlichen Islamisten aufs Schärfste. Die medialen Debatten über das Attentat werden emotional geführt. Sie reichen von rassistischen Pauschalisierungen gegenüber Migranten bis hin zu Relativierungen des Attentats. Sachlich geführte Diskussionen ohne vorausseilende Moralisierungen gelingen kaum, sie sind in einer offenen Gesellschaft aber bitter nötig. Eine rationale und ehrliche Debatte über den politischen Islam schwächt nicht nur islamistische Strukturen, sondern stärkt auch liberale Muslime, die auf dem Boden des deutschen Grundgesetzes in Frieden leben. Wir fordern die Politik daher auf, den politischen Islam endlich ernst zu nehmen und konkrete Lösungen gegen dessen gewaltbereite Strukturen zu erarbeiten. Dazu gehört dringend, den §166 StGB zu streichen, wegen dem die Organisatoren der Veranstaltung in zynischer Weise für das Attentat verantwortlich gemacht werden könnten.

Am 31.05.24 veröffentlichten die Staatsanwaltschaft Karlsruhe, das Präsidium Mannheim und das LKA eine gemeinsame Stellungnahme zum Messerangriff in Mannheim. Demnach griff gegen 11:35 Uhr ein mit einem Messer bewaffneter Mann Teilnehmer einer Veranstaltung des Vereins „PAX Europa e.V.“ an und stach mehrere Personen nieder, inklusive eines Polizisten, der wenig später tragischer Weise verstarb. Der Täter wurde anschließend durch die Dienstwaffe eines weiteren Polizisten gestoppt.

Seither entbrennt in den sozialen Medien eine emotional geführte Debatte um den Umgang mit Einwanderern aus islamisch geprägten Ländern. „Von Pauschalisierungen gegenüber Migranten, bis hin zu Relativierungen der Tat und des Täters ist alles dabei“, meint Alexander Wolber, Vorsitzender der GBS Bodensee. Diese Art der Diskursführung sei allerdings nicht neu, so Wolber weiter, „kritische Diskussionen über Religionen, egal ob Christentum, Judentum oder Islam werden nur allzu gerne als religionsfeindlich diffamiert, sodass eine rationale Debattenkultur gar nicht erst entstehen kann“, konstatiert der Vorsitzende. Die „Abscheulichkeit dieser schrecklichen Tat“ gipfele in der „ideologischen Instrumentalisierung“ durch die anschließende Mahnwache der rechtsextremistischen AfD und der Gegendemonstration der linksextremistischen Antifa für ihre eigenen demokratiefeindlichen Ziele.

Bekannte Kritiker wie Michael Schmidt-Salomon, Mina Ahadi, Ahmad Mansour, Hamed Abdel-Samad und Salman Rushdie werden immer wieder aufgrund ihrer kritisch-rationalen Auseinandersetzung mit dem politischen Islam mit dem Tode bedroht. Letzterer hat bereits einen Mordversuch überlebt und kam sprichwörtlich mit einem „blauen Auge“ davon. Gleichzeitig werden sie von Aktivisten aus dem politischen linken Spektrum ins „Kreuzfeuer“ genommen und als „islamophob“ oder „antimuslimische Rassisten“ bezeichnet. Trotz der

zentralen Bedeutung ihrer aufklärerischen Arbeit sei diese angesichts der stetigen Bedrohungslage sicherlich „nicht besonders beneidenswert“, so Wolber.

Es könnte für die Organisatoren der Veranstaltung von PAX Europa e.V. sogar noch bitterer kommen: Laut ihrer Homepage informiert PAX Europa „die Öffentlichkeit über die vom Politischen Islam ausgehenden Menschenrechtsverletzungen und über existenzielle Gefahren (...)“. Diese Information allein könnte jedoch nach §166 StGB schon einen Straftatbestand beinhalten, denn „wer öffentlich oder durch Verbreiten eines Inhalts (...) den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, wird mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden“. Die Kampagne „Free Charlie“ (angelehnt an den islamistischen Terroranschlag auf Charlie Hebdo im Jahr 2015 in Paris) hat zuletzt mit einer Bundestagspetition versucht, diesen Gotteslästerungsparagrafen zu streichen, da er das Potenzial birgt, Opfer zu Tätern zu machen.

Wir fordern die Politik auf den politischen Islam ernst zu nehmen und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen. Ein erster Schritt sollte sein, den überholten Gotteslästerungsparagrafen 166 zu streichen.

Wir wünschen den Verletzten eine gute Genesung und drücken den Angehörigen des verstorbenen Polizisten unser tiefstes Mitgefühl aus.

Die GBS Bodensee e. V. ist eine von über 50 Regionalgruppen im Förderkreis der Giordano-Bruno-Stiftung. Sie hat sich die Aufgabe gesetzt, für die Stiftung und ihre Ziele regional im Raum Bodensee zu werben und das große Projekt der Aufklärung voran zu bringen. Sie fördert die naturalistische Weltanschauung als Grundlage der Naturwissenschaft sowie die Akzeptanz wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Gesellschaft. Darüber hinaus vertritt sie mit Aufklärung und säkularem Humanismus die Leitkultur des Grundgesetzes und aller demokratischen Verfassungen und bildet somit ein Gegengewicht zu überholten religiösen und esoterischen Anschauungen.

GBS Bodensee e. V.

Schwaketenstr. 9 b
D-78467 Konstanz

www.gbs-bodensee.de
info@gbs-bodensee.de